

# Welt-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handeltblatt für Mittelddeutschland

Die „Welt-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Subskriptionspreis beträgt 2.00 Reichsmark. Der Preis für den Einzelheft beträgt 1.00 Reichsmark. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen.

### Neues in Kürze.

#### Deutschemann und Radikale zusammen.

Die Regierungsabredungen mit den Parteien und die Verhandlungen der Parteien untereinander werden die ganze Woche über noch andauern. Von der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Verhandlungsergebnis für den Sozialdemokratismus hat Herr Weis bereits heute früh Abgeordneten der Demokratie Mitteilung gemacht. Die offizielle Erklärung der Sozialdemokratie wird voraussichtlich erst im Plenum des Reichstags abgegeben werden.

Bisher liegen in Berlin Wohnverordnungsbestimmungen vor den Bauabteilungen, den städtischen Ämtern, den Angehörigen und Arbeitern der Betriebsbetriebe, in der Solange in der Metallindustrie. Aus den deutschen Kohlenrevieren wird von den mehrfach angeführten Lohnbewegungen der Kohlenarbeiter bisher nichts gemeldet.

Die Schweizerischen Blätter erfahren, daß der deutsche Außenminister während seines 10-tägigen Erholungsurlaubes in Locarno wichtige Konferenzen mit mehreren prominenten Vertretern beim Völkerbund gehabt hat. In Genf sei man wieder vereinfacht und schärfte aus den Verhandlungen der letzten Weltkonferenz, in der Herabsetzung des Völkerbundes die Ratifizierung im Geiste der Verfassung und des Entgegenkommens zu regeln.

Der Pariser Journal läßt sich aus Neuorl melden, der Freigabe der deutschen Vermögensgegenstände sei ein erster Segner in den Interdiktionsverträgen der Union entstanden. Man hoffe, bis zum Herbst die Liquidation soweit gefördert zu haben, daß Deutschland entweder alle amerikanischen Anleihebesitzer bis 100 Proz. vollumfänglich, oder aber für ein Teil der 150 Millionen auf Vorkauf der beschlagnahmten Vermögensgegenstände der amerikanischen Anleihebesitzer abfinden läßt müßte. — Man wird die Festlegung dieser Sachverhalte des deutsch-amerikanischen Blattes erst abwarten müssen.

In Neuorl Finanzminister befürchtet man, infolge der Vertagung der Vermögensfrage, eine ernsthafte Störung der amerikanischen Arbeit an die deutsche Industrie. Ein Artikel des Neuorler „Sun“ kommt zu dem Schluß, daß Amerikas Finanzhilfe an Deutschland bereits um fast 30 Proz. höher geworden sei, als man nach Annahme des Zwangsplans bei den Gründern des Plans selbst als zulässig angesehen habe.

In Washington ist bekannt gegeben worden, daß die amerikanische Schuldenschnittkommission binnen kurzem zusammentreten wird, um die Frage der Forderung der französischen Schulden zu erörtern.

Die Londoner Blätter sprechen von der Gefahr des ersten Mai für England. Die Unternehmerverbände zahlreicher Industrien haben die geltenden Lohnabkommen zum 1. Mai gekündigt. Am 1. Mai laßt auch die Kraft für die Regierung ab, ihre im Bergarbeiterkonflikt gegebenen Zugaben einzulösen.

Im englischen Unterhaus kam gestern ein Antrag zur Besprechung, in dem die Regierung aufgefordert wird, die revolutionäre Propaganda in Großbritannien und dem Britischen Reich zu unterbinden. Der Minister des Innern erklärte, die Regierung beschäftige nicht das Recht der freien Meinungsäußerung zu schmälern, aber in dem Augenblick, wo eine bestimmte Revolution herbeigeführt werden sollte, sei es die Pflicht der Regierung, einzuschreiten.

Die Anfrage und Antwort betreffen die Sorge vor einer Revolution.

Die Londoner Morningpost veröffentlicht eine Reihe Meldungen über die Folgen des russischen Währungssturzes. In Leningrad dauert der Streik der Staatsarbeiter bereits die dritte Woche, in Moskau sieht man täglich Demonstrationen von Arbeitern auf den Straßen. Die Lebensmittelpreise haben durchgängig um 20 bis 25 Proz. angezogen, denen keine Erhöhung der Arbeiterlöhne gegenübersteht. Politische Demonstrationen zeigen sich offensichtlich bisher nicht.

Der tatsächliche Verlauf gibt in seinen letzten Berichten aus Tripolis der italienischen Expedition gegen die Ausdehnung des italienischen Einflusses nach dem Osten zu.

### Chamberlain gegen Abkürzung der Befehlsfristen. Was antwortet unsere Regierung?

Im englischen Unterhaus fragte Bonington, ob dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten die von Wilson, Clemenceau und dem damaligen Premierminister Englands

am 16. Juni 1919 unterzeichnete Erklärung bekannt sei, wonach die Alliierten für den Fall, daß Deutschland vor Ablauf von 15 Jahren ausreichende Gewähr für die Erfüllung seiner Verpflichtungen geben sollte, bereit sein würde, untereinander eine frühere Beendigung der Rheinlandsbesetzung zu vereinbaren. Bonington fragte weiter, ob die Regierung, nachdem die Vorkonferenz gegenüber dem Völkerbundrat festgestellt habe, daß Deutschland seine Entwaflnungsverpflichtungen erfüllt habe, bereit sei, nunmehr eine Verkürzung der Befehlsfristen vorzuschlagen.

Chamberlain erwiderte: Der Fragesteller zitiert die Erklärung der Vorkonferenz vom 6. März d. J. verkehrt herum. Sie hat nicht erklärt, daß Deutschland seine Verpflichtungen hinsichtlich der Entwaflnung erfüllt hat. Ihre Feststellung bedeutete etwas anderes.

Um irgend welche Einwände gegen die Ausweisung Deutschlands in den Völkerbund zu verhindern, hat die Vorkonferenz erklärt, daß, soweit sie in Betracht komme und nach ihrem besten Willen, Deutschland effektive Garantien für seine eifrige Befolgung seiner vertraglichen Verpflichtungen bietet. Es besteht

ein beträchtlicher Unterschied zwischen der Feststellung und den beschließenden Garantien für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen gemäß der Erklärung vom 16. Juni 1919. Bonington muß mir die Bemerkung gestatten, daß ich mir keinen unglücklichen Augenblick denken kann, um eine so weitreichende Disaffektion zu veranstalten.

Woodswood fragte, ob die in der Erklärung von 1919 niedergelegten Grundzüge zur Durch-

führung gebracht würden, sobald die in der Erklärung erwähnten Bedingungen zur Zufriedenheit der britischen Regierung erfüllt werden, und ob tatsächlich die britische Regierung sich noch an die 1919 abgegebene Erklärung halte.

Chamberlain antwortete, die Erklärung von 1919 war eine Erklärung über die damals bestehenden Absichten der drei Regierungen. Es war keine Erklärung, auf die sich die deutsche Regierung zu beziehen ein Recht hat.

Er fügte hinzu, daß seiner Ansicht nach kein unglücklicher Augenblick für die Diskussion dieser Frage gemäht werden kann.

Renownsky fragte, ob man die Auffassung haben würde, daß es für einen Staat unmöglich sei, vollberechtigt Mitglied des Völkerbundes zu sein, während trotzdem ein Teil seines Landes durch die Truppen anderer Völkerbundmitgliedstaaten besetzt sei.

Chamberlain antwortete, es bestehe keine Verbindung zwischen der vorgebrachten und der auf der Tagesordnung stehenden Frage.

Kein Termin für Zurückziehung der Saartuppen.

Ein Mitglied fragte Chamberlain, ob auf der kürzlichen Zusammenkunft des Völkerbundes ein Zeitpunkt festgelegt wurde, innerhalb dessen die französischen Truppen aus dem Saargebiet zurückgezogen werden sollen. Chamberlain erwiderte, die Antwort laute verneinend. Die französische Regierung habe sich aber verpflichtet, bis zum 20. März ein Ultimatum zurückzugeben und dem Schritt für Schritt die Zurückziehung der übrigen Teile der im Saargebiet stehenden Truppen durchzuführen.

— Nach dem Versailles Vertrag hätten die Truppen längst zurückgezogen werden müssen. Aber Versailles und der Locarnogeist bilden ja nur uns, nicht die Alliierten.

### Mussolini Triumphator.

#### Ratifizierung des amerikanischen-italienischen Schuldenabkommens.

Das Neuorl wird gemeldet: Der amerikanische Senat hat das Abkommen über die Regelung der italienischen Schulden ratifiziert.

— Damit ist eine neue Hoffnung aller Demokraten und Radikalen aufgedeckt worden. Amerika, das „friedliche“ und „demokratische“ hat trotz aller Anfeindungen der Mussolinigegner das für Italien geradezu unwahrscheinlich günstige Schuldenabkommen angenommen.

Damit ist der Welt erneut bewiesen, daß nicht Dadaismus und „Erklärungspolitik“, sondern Wahnsinnigkeit und Jähzornigkeit in der Welt zum Erfolg führen. Nur der Staat, wie das Schicksal zeigt, wenn der Staat nicht untergeht. Mussolini, von dem gerade unsere Vorkonferenz sprach, daß er nur ein Vorkonferenz und keine Macht sei, ist eben doch eine Macht, weil er ein Wille und ein ganzer Keel und ein demokratischer und passivistischer Ideologe und Anglimer ist, fest er sich ganz einfach durch, während man mit uns, die wir nach dem Zerbre der Linsen seit Locarno wieder eine „gleichberechtigte Großmacht“ sind, ganz einfach macht, was man will. (Verl. Chamberlain.)

Der äußere Grund der Wahnsinnigkeit Mussolinis wird vermutlich die Annäherung Italiens an England sein, das ja einstweilen immer noch derlei, auf die Klasse und Kulturverwandtschaft und Sprachgemeinschaft der Engländer mit den Amerikanern gestützt, die amerikanische Politik fast im englischen Sinne zu beeinflussen. Das gilt ganz besonders bezüglich der englischen Außenpolitik der Feindschaft gegen das Sowjetischen, obgleich nur England aber keineswegs auch Amerika den Kommunismus zu fürchten hat. Im Rahmen dieser gemeinsamen antikommunistischen Front Englands und Amerikas ist Mussolini, der Befieger des Kommunismus in Italien, um so mehr willkommen, als er anlässlich des kommunistischen Attentats der Witz Gibson durch die Festschließung an die Sowjetische in Rom erneut seine in der Zwischenzeit fast verfallene Kommunismisneigung heraufbeschwört hat und sie auch weiterhin durch seine Angriffspolizei auf die mit den Russen befreundete Türkei beweist.

Der in der Ratifizierung des italienisch-amerikanischen Schuldenabkommens liegende neue Beweis der italienisch-englisch-amerikanischen antikommunistischen Solidarität läßt die Zweckmäßigkeit

seit der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen in immer fragwürdigerem Maße erscheinen. Wer A sagt, muß auch B sagen, wer die gegen Russland gerichtete englische Locarno- und Völkerbundspolitik mitmacht, läßt sich nur zwischen zwei Sühnen, wenn er gleichzeitig mit Russland verbündet sein will. Wie erziehen mit dieser Politik gar nicht, nicht einmal Räumung der besetzten Gebiete oder Erleichterung der Reparationslasten oder Aufhebung des deutsch-russischen Krieges oder Rückgabe der Kolonien oder sonst nur irgend etwas. Wohl aber zwingen wir England, durch immer neue Zugeländnisse an Frankreich, die auf unsere Kosten gehen, die Franzosen an der Seite Englands zu halten, damit nicht etwa durch eine deutsch-französische Verständigung der für England tödliche Kontinentalblock Frankreich-Deutschland zustande kommt.

„Niemand gefasste ich schlimm“, dieses alte Wort lautet an der deutschen Außenpolitik bedenken und entweder mit niemandem sich einlassen oder sich für für den einen oder anderen entscheiden. Nur dem Reuigen hilft Gott, deshalb hat Mussolini's Erfolge und die deutsche Halbheit und Unentschiedenheit nur Mißerfolge.

### Diktatur in Polen?

Nüchternheit des polnischen Kabinetts nicht angenommen.

Der polnische Ministerpräsident Graf Stramski gab gestern den Vorkonferenz und im Anschluß daran im Ministerrat die Erklärung ab, daß er mit der jetzigen Regierung zurückzutreten entschlossen sei. Um 1 Uhr überreichte er dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts.

Der Präsident der Republik Wojciechowski hat die Demission des Kabinetts Stramski nicht angenommen. Die bisherige Regierung bleibt somit im Amt.

Man erwartet, daß Stramski ein Beamtenkabinet mit diktatorischen Befugnissen bilden wird. Sollte ihm das misslingen, so läßt man eine Unentschiedenheit unter Karolowicz Vorkonferenz für wahrscheinlich. Mit Diktatur in irgendeiner Form wird allgemein gerechnet.

### Verfassungsändernd!

#### Englischer Witzwort in der Zwischenzeit.

Sturm über den linken gegen das Reichskabinet! Der demokratische Zeitungsdienst sprach sogar schon von der Möglichkeit einer Regierungskrise, vom Sturz Hughes und Stresemanns und Wiedertritt der Deutschnationalen in die Regierung. Der Herr Reichsminister Meißner scheint etwas nervös zu sein, denn ganz so schlimm ist es denn doch noch nicht. Aber schwierig ist die Lage allerdings, seit die Reichsregierung sich dahin entschieden hat, daß der Kompromißvertrag für die Festschließung der Verfassungsänderung angeschlossen sei und alle zur Annahme der Zweidrittelmehrheit des Reichstages bedürfe.

Diese Zweidrittelmehrheit ist nach der bisherigen Stellungnahme der Parteien nicht zu erzielen. Die Sozialdemokraten können nach ihrer wilden Agitation für den kommunistischen Vorkonferenzantrag auf völlige unbedingungslose Entziehung der Festschließung nicht auf für das Kompromiß einstimmen, das viel gemäßigter ist. Und von den Deutschnationalen ist ein Entzogen für das Kompromiß, das ihnen zu instabil ist, ebensowenig zu erwarten. Eine dieser beiden Parteien kann die Zweidrittelmehrheit aber nicht zustande kommen.

Was dann? Dann wird die Geschichte ganz kompliziert.

Denn wenn schon der Kompromißvertrag als verfassungsändernd angesehen wird, ist der kommunistische Vorkonferenzantrag das natürlich erst recht. Das ist aber für den betroffenen Vorkonferenzmitgliedern verhältnismäßig ausfallend. Denn ein verfassungsändernder Vorkonferenzantrag bedarf zu seiner Annahme mehr als der Hälfte aller deutschen Vorkonferenzmitglieder; es müßte also etwa 20 Millionen Wähler beim Vorkonferenzmitglied für ihn stimmen.

Man muß die Regierungspolitiker für den Kompromiß, als gegen den kommunistischen Vorkonferenzantrag. Sie werden daher ihre Wähler von der Stimmabgabe für den Entzogen fernhalten. Dasselbe tun selbstverständlich Deutschnationale und Wölflinge. Und das heißt müssen im eigenen Interesse alle die Millionen Aufwertungsbedürftigen und die Anhänger einer Aufwertung durch Vorkonferenzmitglied, denn man kann nicht für sich selbst Aufwertung seines Eigentums verlangen und im selben Atem Vorkonferenzmitglied und sogar völlige Aufhebung, Entzogen des Privateigentums der Fürsten verlangen.

Wo sollen also die 20 Millionen Stimmen für den von den ganz überwiegenden Mehrheit der Parteien sehr vernünftigerweise abgelehnten kommunistischen Antrag herkommen?

Ein Ausweg scheint auf den ersten Blick der 3. des Entwurfs über den Vorkonferenz (vom 27. Juni 1921) zu sein. Nach dieser Bestimmung kann neben dem eigentlichen Vorkonferenzantrag (Entzogen), ein vom Reichstag beschlossenes abweichendes Gesetz (— also der Kompromißvertrag) gleichzeitig mit dem Vorkonferenzantrag gebracht werden, so daß das Volk sich dann für den einen oder anderen Vorkonferenzantrag zu entscheiden hätte. Aber wenn der Kompromißvertrag, wie die Regierung erklärt, ebenfalls verfassungsändernd ist, so wird er, wie oben ausgeführt, voraussichtlich mangels der Zweidrittelmehrheit vom Reichstag gar nicht „beschlossen“ werden und kann daher auch nicht mit dem Vorkonferenzantrag gestellt werden.

Es wird sich also voraussichtlich folgendes Bild ergeben: Der kommunistische Vorkonferenzantrag kommt allein zum Vorkonferenzantrag, und scheitert, weil er die nötigen 20 Millionen Stimmen nicht erhält. Dann nur der ganz Vorkonferenzantrag und Vorkonferenzantrag zusammen, welches, die revolutionären Parteien haben sich von der ruhig und vernünftig denkenden Vorkonferenzmitglied eine schwere Arbeit gehalten, und der Reichstag muß nun doch im normalen Gesetzgebungswege irgendeine Regelung der Festschließungsmöglichkeit finden.

Sollte wieder Erwarten im Reichstag sich für den Kompromiß einstimmen, so würde nach einer Zweidrittelmehrheit finden, so würde nach dem Kompromißvertrag gemäß obigem § 3 neben dem Vorkonferenzantrag zum Vorkonferenzantrag gestellt werden. Aber auch dann sind die Aussichten auf einen Erfolg des Vorkonferenzantrags kaum bessere. Denn auch der Kompromißvertrag würde als verfassungsändernd nur 20 Millionen Stimmen erhalten müssen. Das wäre nur zu erwarten, wenn die Sozialdemokraten in letzter Stunde vor dem Vorkonferenzantrag nach Bernunft annehmen und ihre Wähler zu Stimmabgabe für den Kompromißvertrag bestimmen. Mit dieser Umwandlung der Sozialdemokraten ist aber nicht zu rechnen und so wird also der Vorkonferenzantrag, ganz gleich, ob nur der

# Einmütige Entschliessung über den Kompromissvertrag zur Wahlprüfung

Die Demokraten und Sozialdemokraten, die sich ja als besondere Hüter anderer Verfassung...

Die Demokraten und Sozialdemokraten, die sich ja als besondere Hüter anderer Verfassung...

In diese feste Hoffnung hat die Entscheidung der Reichsregierung...

Das Verbleibe hier ist, daß die Regierung, nachdem sie jetzt einmütig entschieden hat...

Insgesamt kann man nur sagen: die Einparteien und die Regierung haben sich mit der...

## Sturz der medienburgischen Regierung.

In der Mittwochsitzung des medienburgischen Landtages wurde ein von der Deutschnationalen...

## Konzert des Wiener Liedereingvereins.

Früher als überall fällt hier der Thalia-Saal mehr und mehr in die Hände der...

Der Wiener Sänger verläßt sich durch die Treue, mit der sie stets den Charakter des...

# Das Sondergericht für die Fürstenvermögen.

Abstimmung im Reichsausschuß des Reichstages.

Der Reichsausschuß des Reichstages legte die Ausarbeitung über den Kompromissvertrag...

Zu Paragraph 1 über die Bildung des Sondergerichts lag der Antrag der Sozialdemokraten vor...

Abg. Dr. W. v. Rittich (D.M.P.) hielt in Lebereröffnung mit dem gestern gemeldeten inoffiziellen Pressebericht...

Abg. v. Rittich (D.M.) bezeichnete die deutschnationalen Anträge als unannehmbar...

## Aufwertung und Volkseinkauf.

Nach Reichsrecht ist der Weg der Volkseinkauf insofern befristet als über den Hauskaufplan...

## Die Wohnungsnot vor dem Landtag.

Das Kapitel Wohnungs- und Siedlungsnot gab in der gestrigen Sitzung des Landtages...

## Hochschulnachrichten.

Stöttingen. Dem Direktor des Tuberkulose-Institutens Prof. Dr. O. H. Meyer ist ein Lehrauftrag zur Vertretung der Tuberkuloselehre...

## Veranstaltungen.

Freitag, den 26. April, vormittags 11 Uhr, findet in der Deutschen Zentralbibliothek...

## Freiwillige Arbeit.

Der städtische Landesausbau für die hiesige Volkshochschule...

## Freiwillige Arbeit.

Der städtische Landesausbau für die hiesige Volkshochschule...

Abg. Dr. B. v. B. (Z.) konnte nicht einlefen, warum der Reichstag die Berechtigten wählen sollte...

Abg. H. v. H. (W.) hielt dafür, daß am besten ein Senat des Sondergerichts als Sondergericht diese schwierigen Fragen entscheide...

Darum wurde der § 1 des Kompromissentwurfs unanändert angenommen; dafür stimmten Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Wirtschaftliche Vereinigung...

Nach dem angenommenen § 1 ist Vorkörper des Reichs-Sondergerichts der Präsident des Reichsgerichts...

Legung des Art. 73 Abs. 4 der Reichsverfassung mußte daher Gesetz, die die Folgen der Geldentwertung...

Zur Beseitigung von Zweifeln hat die Reichsregierung beschlossen, den geltenden Reichsgesetzen einen Gesetzesentwurf vorzulegen...

Durch diese Regelung wird die Frage der Auseinanderlegung der Länder mit dem ehemals regierenden Fürstenhäusern...

## Die Wohnungsnot vor dem Landtag.

Das Kapitel Wohnungs- und Siedlungsnot gab in der gestrigen Sitzung des Landtages...

Stöttingen. Dem Direktor des Tuberkulose-Institutens Prof. Dr. O. H. Meyer ist ein Lehrauftrag zur Vertretung der Tuberkuloselehre...

## Veranstaltungen.

Freitag, den 26. April, vormittags 11 Uhr, findet in der Deutschen Zentralbibliothek...

## Freiwillige Arbeit.

Der städtische Landesausbau für die hiesige Volkshochschule...

## Freiwillige Arbeit.

Der städtische Landesausbau für die hiesige Volkshochschule...

# Wohnen. Eine der Aufgaben des Ministeriums ist es, die Menschen

aus den Mietswohnungen herauszubringen

und wieder ein gesundes Volk zu schaffen. Die Wohnungsnot besteht nicht in einem der Wohnungsnot...

Wenn die Wirtschaft sich bessert, wird die Steigerung der Mieten durch Erhöhung der Löhne...

Die Mieten für die alten Wohnungen könnten niedriger als für die neuen sein, weil der Mietsprei...

## Die Knappschafts-Novelle.

Der Reichsausschuß für soziale Angelegenheiten behandelte in der Fortsetzung der Beratung der Novelle zum Reichs-Knappschaftsgesetz...

## Der Abbruch der Friedensverhandlungen in Marokko.

Zu den Verhandlungen mit den Rifusen berichtet General Simon hat der Vertreter der Presse ein offizielles Kommuniqué...

## Die Wohnungsnot vor dem Landtag.

Das Kapitel Wohnungs- und Siedlungsnot gab in der gestrigen Sitzung des Landtages...

Stöttingen. Dem Direktor des Tuberkulose-Institutens Prof. Dr. O. H. Meyer ist ein Lehrauftrag zur Vertretung der Tuberkuloselehre...

## Veranstaltungen.

Freitag, den 26. April, vormittags 11 Uhr, findet in der Deutschen Zentralbibliothek...

## Freiwillige Arbeit.

Der städtische Landesausbau für die hiesige Volkshochschule...

## Freiwillige Arbeit.

Der städtische Landesausbau für die hiesige Volkshochschule...